

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die «Europafähigkeit» Liechtensteins muss gestärkt werden

Internationale Bodenseetagung christlicher Politiker zu EG 92 in Dornbirn – Bodenseeraum will Gemeinsamkeiten stärken

Dornbirn (spk) Der Bodenseeraum ist seit Jahrhunderten eine geistesgeschichtliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Einheit und will dies auch bleiben, wenn 1993 der europäische Binnenmarkt verwirklicht sein wird. Die Erhaltung der Gemeinsamkeiten bedarf aber spezieller Aufmerksamkeit, da nicht alle Bodenseeanrainer in naher Zukunft EG-Mitglieder sein werden.

Dies hielten die knapp 240 Teilnehmer der 31. internationalen Bodenseetagung christlicher Politiker aus vier Ländern am Samstag im vorarlbergischen Dornbirn zum Abschluss ihrer Tagung in einer Resolution fest. Sie richtet sich an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Liechtensteins, der Schweiz und Österreichs, als auch der Kantone St. Gallen und Thurgau, der Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, des Landes Vorarlberg und den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft. Von liechtensteinischer Seite nahmen Delegationen der beiden Parlamentsparteien teil. Die FBP war mit Parteipräsident Emanuel Vogt, Regierungsrat Wilfried Büchel, EDU-Delegationsmitglied Dr. Ernst Walch, alt Regierungsrat Anton

Gerner sowie weiteren interessierten Parteimitgliedern vertreten. Es werde notwendig, Verfahren für eine besondere enge Zusammenarbeit im Bodenseeraum zu entwickeln, heisst es in der Resolution. Die angesprochenen Regierungen und die Organe der EG werden aufgefordert, für die Erhaltung der grenzüberschreitenden Bodenseeregion zu sorgen.

Furgler begründet Schweizer Standpunkt

Glanztlich der Konferenz war das mit grossem Beifall aufgenommene Referat von alt Bundesrat Kurt Furgler, der fulminant den Schweizer Standpunkt in der gegenwärtigen Phase der europäischen Integration darlegte. Er erklärte sich überzeugt, dass die EG auch nach 1992 nicht zu einer «Festung» werde und weiterhin an guten Beziehungen zu den Staaten interessiert sein müsse, für die – wie die Schweiz – ein Beitritt gegenwärtig nicht in Frage kommen könne.

Es gelte auch für die Schweiz und für die Efta, neue Formen vertiefter Zusammenarbeit zu suchen. Verstärkte politische Impulse – gerade auch vonseiten christlicher Parteien – seien nötig. Auch die Schweiz dürfe sich neben der nationa-

len, durchaus eine europäische Aufgabe zutrauen, meinte Furgler: «Wir sind mitverantwortlich für die Zukunft Europas und können und dürfen auch nicht vor den Problemen des weitaus grösseren übrigen Teils der Welt die Augen verschliessen».

Liechtenstein schliesst sich Schweiz an

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat der liechtensteinische Regierungschef Hans Brunhart. Für seinen Kleinstaat sei eine positive Nachbarschaftspolitik von existenzieller Bedeutung, wie auch die Geschichte zeige. Aber auch die politische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene halte das Fürstentum für eine sehr wichtige und nicht auf wirtschaftliche Optionen beschränkte Aufgabe.

Aufgrund der (Zoll-)Vertragslage zwischen Liechtenstein und der Schweiz sei es klar, dass die schweizerische Position in grundsätzlicher Hinsicht übernommen werde und ein EG-Beitritt nicht prioritär sei. Die «Europafähigkeit» des Landes müsse aber gestärkt und in jedem einzelnen Fall geprüft werden, ob der Preis der integrierten Regelung oder der des Abseitsstehens höher zu gewichten sei.

Offensiver gegenüber einem EG-Beitritt verhält sich Österreich als weiterer Bodensee-Anrainer. Vizekanzler und Aussenminister Alois Mock erklärte in Dornbirn, seine Regierung werde vermutlich noch vor den Sommerferien das Beitrittsgesuch mit der Optionsklausel der vollen Sicherung der immerwährenden Neutralität in Brüssel deponieren. Mock ist überzeugt, dass die übrigen Efta-Staaten in die gleiche Richtung marschieren, wenn auch mit unterschiedlicher Zielsetzung und in nicht alle mit dem gleichen Tempo.

Auch er sei mit Kurt Furgler überzeugt, dass die EG nach 92 nicht zu einer «Festung» werde, aber auch, dass die Grenzen «deutlicher manifest werden», wie es Alfons Zeller, bayrischer Staatssekretär für Verkehr und Wirtschaft, an der Dornbirner Tagung formulierte. Pessimisten waren noch nie die richtigen Leute, Probleme zu lösen, begründete Mock das offensive Vorgehen Österreichs. Sein Land dürfe sich aber keine Illusionen machen, dass ein allfälliger Beitritt quasi über Nacht erfolgen könne. Da seien sicher lange Jahre zäher Verhandlungen notwendig.

SPORT AM WOCHENENDE

Squash-Landesmeister



Angelika Hoch und Björn Josefsson verteidigten bei der Squash-Landesmeisterschaft in Vaduz ihre Titel aus dem Vorjahr erfolgreich. Unser Bild zeigt die alten und neuen Landesmeister.

DV des Sportverbandes

Bei der Delegiertenversammlung des Fürstlich Liechtensteinischen Sportverbandes gab es am Freitag in Balzers diverse Mutationen im Vorstand. Neu in den FLSV-Vorstand wurden gewählt: Gaston Frommelt, Walter Hasler, Walter Walser, Agnes Wille, Gilbert Kaiser. Bestätigt wurden Roman Oehri (Präsident) und Walter Frischknecht (Kassier). Xaver Frick wurde im Rahmen dieser DV zum Ehrenmitglied ernannt.

Balzers schlug USV

Im Zweitliga-Lokalderby besiegte der FC Balzers gestern vor rund 500 Zuschauern den USV Eschen/Mauren mit 1:0. Das alles entscheidende Tor in diesem recht unterhaltsamen Spiel erzielte Brötz in der 57. Minute. Der FC Balzers liegt in der Tabelle nun zwei Punkte vor Rapperswil, der USV folgt mit vier Längen Abstand. In der Erstliga wird die Situation für den FC Vaduz von Woche zu Woche kritischer. Gestern unterlag die Pucher-Elf in Veltheim mit 2:0 Toren und liegt nun schon an drittzweiter Stelle. Dabei erspielte sich Vaduz eine ganze Anzahl guter Torchancen, doch es wollte einfach kein Treffer gelingen. In der 3. Liga endete der Spitzenkampf zwischen Vaduz II und Trübbach 1:1. Nach einer 1:4-Heimniederlage gegen Mels II schwebt der FC Triesen in akuter Abstiegsgefahr. Unser Bild stammt vom Zweitliga-Hit Balzers – USV und zeigt einen Zweikampf zwischen Oehry (rechts) und Lohner.

Wir haben ein Recht, dass das Kunsthaus verwirklicht wird

Mitgliederversammlung der Liechtensteinischen Kunstgesellschaft im Rathaus Vaduz – Klare Worte zum Kunsthaus

(G.M.) – Aus dem umfangreichen Jahresbericht der Liechtensteinischen Kunstgesellschaft, den Präsident Dr. Heinz Meier am Freitagabend anlässlich der ordentlichen Mitgliederversammlung vortrug, stachen seine Ausführungen über das Kunsthaus Vaduz hervor. Er forderte Landtag und Regierung sowie die Gemeinde Vaduz auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und alles zur Verwirklichung eines Kunsthauses beizutragen. Wörtlich meinte er: «Wir haben nach demokratischen Regeln ein Recht darauf, dass durch unseren Staat ein Kunsthaus verwirklicht wird.»



Die Liechtensteinische Kunstgesellschaft hielt am Freitagabend ihre Mitgliederversammlung ab. Präsident Dr. Heinz Meier (stehend) gab einen Überblick über die Aktivitäten im vergangenen Vereinsjahr und sprach sich für die Realisierung eines Kunsthauses in Vaduz aus. (Bild: Beat Schurte)

Die statutarischen Geschäfte der Mitgliederversammlung wurden ohne Gegenanträge oder Diskussionen speditiv erledigt. Offensichtlich freuten sich die Mitglieder auf den zweiten Teil der Veranstaltung, der einen Lichtbildvortrag von Prof. Dr. Hellmut Lorenz, Universität Berlin, zum Thema «Das Gartenpalais Liechtenstein in Wien» versprach, dem auch S.D. Fürst Franz Josef II. und I.D. Fürstin Gina beiwohnte. Dennoch dürften die mit aller Deutlichkeit vorgetragenen Ausführungen von Präsident Dr. Heinz Meier über das Kunsthaus in der Kunstgesellschaft und in der Öffentlichkeit ihre Wirkung nicht verfehlen.

Interpellation im Landtag

Ausgehend von der Interpellation des FBP-Abgeordneten Josef Biedermann im Landtag, der von der Regierung Auskunft über das weitere Vorgehen in Sachen Kunsthaus forderte, legte er die Problematik der heutigen Situation dar. Zudem konnte er einen Brief von Regierungschef Hans Brunhart zitieren, der als Stellungnahme der Regierung gegenüber den Fragen der Kunstgesellschaft gelten darf. Aus der Interpellationsbeantwortung geht hervor, dass die Regierung die Auffassung vertritt, die staatlichen und privaten Stifter seien nach wie vor verpflichtet, das Kunsthaus in Vaduz zu verwirklichen.

Allerdings gab die Regierung auch zu verstehen, dass für ein künftiges Projekt eine andere Form der Bauträgerschaft gesucht werden sollte. Gemäss der Stellungnahme des Regierungschefs hat die Regierung eine Planung für ein anderes Kunsthaus zwischen Engländergebäude und dem Landesmuseum in Auftrag gegeben, vornehmlich als Kavernenlösung im Schlossfels, als möglich erscheinen lassen. Noch nicht geklärt ist jedoch die

Aufteilung der bisher aufgelaufenen Kosten zwischen Land und Gemeinde Vaduz.

Seit zwanzig Jahren offen

Nach Verlesen der Stellungnahme des Regierungschefs gab Präsident Dr. Heinz Meier zu verstehen, dass der Landesfürst vor zwanzig Jahren das Angebot unterbreitet habe, seine Kunstschätze zu Ausstellungszwecken zur Verfügung zu stel-

len, ohne dass das geplante Ausstellungsgebäude bisher realisiert worden sei. Mit Hinweis auf die Sammlung Thyssen, die vorerst nach Spanien geht, meinte er: «Lassen es wir nicht darauf ankommen, dass auch die Fürstlichen Sammlungen im Ausland dauerhaft ausgestellt werden, da wir unfähig sind, ihnen im eigenen Lande eine Heimstatt zu schaffen». Konkret forderte er die Gemeinde Vaduz auf, hinsichtlich der Kostenübernahme endlich zu einem Entschluss zu kommen. Regie-

rung und Landtag erinnerte er an ihre Verantwortung, sich «mit allergrösstem Einsatz um die Realisierung eines Kunsthauses» zu bemühen. Nach seiner Auffassung hat eine Mehrheit der liechtensteinischen Bevölkerung ein «Ja» zum Projekt Kunsthaus gesagt, wodurch die Befürworter dieses Projektes keine Bittsteller seien: «Wir haben nach demokratischen Regeln ein Recht darauf, dass durch unseren Staat ein Kunsthaus verwirklicht wird.»

Genscher sieht keinen einheitlichen Ostblock mehr

EG-Aussenminister halten neue Strategie gegenüber Osteuropa für nötig

Granada (AP) Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, dass eine neue gemeinsame Strategie nötig ist, um die Reformprozesse in Osteuropa zu ermutigen und in Gang zu halten. Diese Bilanz zog der spanische Aussenminister Francisco Fernandez Ordóñez am Sonntag in der südspanischen Stadt Granada nach einem zweitägigen informellen Treffen mit seinen Kollegen aus den anderen EG-Ländern.

Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher sagte vor der Presse ergänzend, man müsse die EG-Politik gegenüber Osteuropa reformieren, da man nicht länger von einem Ostblock sprechen könne. Der spanische Aussenminister, der gegenwärtig EG-Ratspräsident ist, sagte weiter, die Gemeinschaft habe ihre «Unzufriedenheit» darüber zum Ausdruck ge-

bracht, dass Rumänien sich nicht an das Menschenrechtskapitel des Dokuments der Wiener KSZE-Folgekonferenz halte, welches es im Januar zusammen mit 34 anderen Staaten unterschrieben hatte. Mit einer Informationskampagne über die Lage in Rumänien wolle der EG-Ministerrat seine bisher erfolglosen Bemühungen fortsetzen, Bukarest zur Einhaltung der Menschenrechtsbestimmungen zu veranlassen.

Zur Lage im Nahen Osten sagte Fernandez Ordóñez, die Situation in den israelisch besetzten Gebieten sei «unhaltbar». Der Ministerrat habe die Möglichkeit erörtert, die Ablösung der israelischen Besatzungsmacht durch eine EG-Friedenstruppe vorzuschlagen. Der spanische Minister, der zusammen mit seinen Kollegen aus Frankreich und Grie-

chenland eine Dreiergruppe zur Förderung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz bildet, sagte ferner, man wolle weitere Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) pflegen. Der israelische Ministerpräsident Jizchak Schamir werde am 23. Mai – einen Monat vor dem EG-Gipfel in Madrid – zu einem offiziellen Besuch dort erwartet. Auch der israelische Aussenminister Moschë Arens werde im Mai mit seinen EG-Kollegen zusammentreffen.

Als weitere erörterte Themen nannte der spanische Aussenminister unter anderem die Fortschritte bei der Schaffung des europäischen Binnenmarkts im Jahre 1992. Am Samstag hatten die EG-Aussenminister Gespräche mit sieben Kollegen aus Südamerika geführt.

Glückszahlen

Si. Die Gewinnzahlen vom Wochenende, 15./16. April:

Lotto: 4-6-9-11-19-23 / Zusatzzahl: 31.

Jokerzahl: 437 708.

Toto-Gewinnkolonne:

1-X-1/X-2-1/1-1-2/X-1-X/1.

Advertisement for Büro-Systeme AG, featuring a cartoon character and contact information: Im Altm. Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170, Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/63309.